



Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.284650 / 924/2018/00002

Datum:	16. Juli 2019
Für:	Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 12. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 25. Juni 2019

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Guido Fluri hat sich entschuldigt; der Präsident hat aber Verständnis für seine Abwesenheit und wertet diese auch als Vertrauen in die Arbeit der Kommission.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 30. April 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. (Schreiben vom 7. Juni 2019 sowie Nachtrag vom 11. Juni 2019). Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident informiert über zwei neue parlamentarische Vorstösse: Die Interpellation von Nationalrätin Ursula Schneider-Schüttel vom 20. Juni 2019 betrifft Probleme der „zweiten Generation“, also der Nachkommen der Opfer.¹ Von Ständerat Raphael Comte wurde zudem am 21. Juni 2019 eine parlamentarische Initiative eingereicht mit dem Ziel, die Frist zur Einreichung von Gesuchen für einen Solidaritätsbeitrag zu verlängern (mittels Teilrevision des AFZFG).²

Im Weiteren weist der Präsident auf ein Projekt im Stadttheater St. Gallen zur administrativen Versorgung mit dem Titel „Verminte Seelen“ hin, welches noch bis Ende Dezember 2019 läuft.³ Zudem werde voraussichtlich bis im Herbst ein Buch- und Filmprojekt, in dem ein ehemaliges Mitglied des Runden Tisches (Alfred Ryter) im Zentrum steht, realisiert.

Über den Stand der Arbeiten der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen wurde bereits anlässlich der letzten Sitzung informiert. Demnächst steht die Publikation von weiteren Forschungsergebnissen an. Von besonderem Interesse werde der am 2. September 2019 terminierte Synthesericht mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen sein.

Reto Brand informiert kurz über das Treffen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) mit den Anlaufstellen, welches am 15. Mai 2019 stattgefunden hatte und an dem das Bundesamt für Justiz (BJ) mit seiner Stellvertretenden Direktorin Susanne Kuster vertreten war. Da bis jetzt erst rund zehn Kantone Beiträge in der Höhe von ca. 6 Mio. Franken für die (Mit-)Finanzierung der Solidaritätsbeiträge geleistet oder zumindest zugesichert hätten, habe Frau Kuster die Kantonsvertreter nochmals darauf hingewiesen, dass jetzt noch Gelegenheit sei, sich finanziell zu beteiligen, da ja die Bearbeitung der entsprechenden Gesuche bereits Ende Jahr abgeschlossen sein werde und damit rascher, als ursprünglich geplant.

Die anlässlich der letzten Sitzung erfolgte Anfrage, ob den Mitgliedern der beratenden Kommission aufgrund des grossen Vorbereitungsaufwandes für die Sitzungen jeweils ein zusätzliches Taggeld ausbezahlt werden könne, beantwortet Reto Brand nach gemachten Abklärungen grundsätzlich abschlägig. Die geltende Rechtslage lasse kaum Handlungsspielraum zu. Dagegen würden die Reisespesen selbstverständlich vollumfänglich übernommen.

Barbara Studer informiert, dass die Tagung der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) mit dem Titel „Erinnerung – Recht und Pflicht!“ am 14. November 2019 im Berner Grossratssaal stattfinden werde.

¹ Weitere Informationen dazu unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193792>

² Weitere Informationen dazu unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190471>

³ Programm des Stadttheaters St. Gallen siehe <https://www.theatersg.ch/de/programm/31-10-2019>

Urs Allemann-Caflisch berichtet, dass sich für den Sommeranlass in Mümliswil vom 30. Juni 2019 etwa 400 Personen angemeldet hätten. ATD Quart Monde werde an diesem Anlass eine Auswahl von Kunstwerken von Betroffenen präsentieren. Der Präsident bedauert, dass er an diesem Anlass aus terminlichen Gründen leider nicht werde teilnehmen können.

Urs Allemann-Caflisch informiert im Weiteren, dass dieses Jahr bereits drei Erzählbistros durchgeführt worden seien und das Angebot insofern erweitert werden konnte, als am Nachmittag jeweils verschiedene Ateliers angeboten wurden (z.B. bildnerisches Gestalten, biographisches Schreiben, etc.). Im August 2019 werde ein Bistro d'échange in Fribourg stattfinden, im Herbst 2019 sei ein weiteres Erzählbistro in Zürich geplant und evtl. werde es nochmals ein zweisprachiges Erzählbistro in Bern geben.

Laetitia Bernard weist auf eine Veranstaltung von ATD Quart monde hin, welche am 1. Juni 2019 in Fribourg stattgefunden habe und anlässlich welcher Rechercharbeiten einer Arbeitsgruppe zum Thema „Chercheurs d'histoire“ präsentiert worden seien. Zudem plane Radio Fribourg für Ende Juni eine Sendung über die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen mit Erlebnisberichten von betroffenen Personen. Im Weiteren weist sie noch auf ein angedachtes französischsprachiges Projekt hin, bei welchem der persönliche und allgemeine Aufarbeitungsprozess mit Hilfe von Lebensberichten von Betroffenen dokumentiert und der wissenschaftlichen Aufarbeitung zur Verfügung gestellt werden solle.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versendeten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen Folgendes fest: Bezüglich der April- und Mai-Listen 2019 sind keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen.

Aus früheren Kommissionssitzungen gibt es noch vier Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Diese Gesuche werden anlässlich der heutigen Sitzung nochmals behandelt. Die Kommission empfiehlt nun in 3 Fällen eine Abweisung und in einem Fall wird das Gesuch gestützt auf die zusätzlichen Abklärungen gutgeheissen.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 25 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (20 Fälle) oder eine Abweisung mit teilweisem Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (4 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil weder eine fürsorgerische Zwangsmassnahme noch eine Fremdplatzierung vorliegt;
- 4 Gesuche gutzuheissen;
- 16 Gesuche abzuweisen;
- 1 Gesuch abzuweisen, soweit darauf eingetreten werden kann;
- die Behandlung von 3 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass bis zur letzten Sitzung vom 30. April 2019 von der beratenden Kommission insgesamt 5108 Gesuche geprüft worden seien.

Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten April 2019 und Mai 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 1'045 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Guttheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 6 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien bzw. offensichtlich keinerlei Massnahme im Sinne des Gesetzes vorliege und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden.

Für die heutige Sitzung seien 25 Gesuche traktandiert (vgl. Ziff. 2).

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission bereits behandelten Gesuche betrage nunmehr total 6'184 Gesuche.

Überdies seien bereits wieder über 300 weitere Gesuche auf der Juni-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Guttheissung vorsehe. Diese Liste werde anfangs Juli 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versandt.

4. Selbsthilfe-Projekte

Reto Brand informiert, dass seit der letzten Kommissionssitzung die Finanzierung von zwei neuen, grösseren Projekten beantragt worden sei.

Generell könne festgehalten werden, dass die mit den Projekten insgesamt beantragten Beträge die finanziellen Mittel bzw. die Kredite, welche ursprünglich bis 2021 eingeplant gewesen seien, bei weitem übersteigen würden. Bei der Planung sei auch zu berücksichtigen, dass bei vielen vor allem grösseren Projekten eine Finanzierung über mehrere Jahre sichergestellt werden müsse. Die unerwartet grosse Nachfrage nach Selbsthilfeprojekten und Höhe der Projektkosten führten dazu, dass nicht alle Projekte gleichzeitig realisiert werden können und deshalb nach den in der AFZFG festgelegten Kriterien priorisiert werden müssen. Allenfalls sei zu prüfen, ob bei verschiedenen Projekten mit gleicher oder zumindest ähnlicher Zielsetzung gewisse Synergien genutzt werden könnten. Das BJ sei daran, bis im Herbst 2019 eine Auslegeordnung zu machen und gegebenenfalls die Aufstockung der Kredite zu beantragen.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 27. August 2019, von 10 bis ca. 16.30 Uhr wiederum im BJ statt. Frau Hilafu orientiert, dass sie dann erst ab 13 Uhr werde anwesend sein können.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 15 Uhr.



Procès-verbal

Référence : COO.2180.109.7.284650 / 924/2018/00002

Date :	16 juillet 2019
Destinataires :	Membres de la Cocosol et autres participants à la séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 12^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 25 juin 2019

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien sous-directeur de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du fonds d'aide immédiate
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Excusé :	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA

1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Guido Fluri est excusé ; le président fait remarquer que son absence témoigne aussi de la confiance qu'il accorde au travail de la commission.

Le procès-verbal de la séance du 30 avril 2019 de la commission a déjà été approuvé par voie de circulaire.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt (envoi du 7 juin et complément du 11 juin 2019). Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

Le président donne des informations au sujet de deux nouvelles interventions parlementaires : l'interpellation déposée par la conseillère nationale Ursula Schneider-Schüttel le 20 juin 2019 traite des problèmes de la seconde génération, donc des descendants des victimes¹. Le conseiller aux États Raphaël Comte a déposé le 21 juin 2019 une initiative parlementaire visant à prolonger le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité (par le biais d'une révision partielle de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 [LMCFA])².

Le président attire l'attention sur un projet mené par le théâtre de la ville de St-Gall thématissant l'internement administratif sous le titre « Verminte Seelen », qui dure encore jusqu'à fin décembre 2019³. Un projet de livre et de film sur un ancien membre de la Table ronde (Alfred Ryter) sera par ailleurs réalisé d'ici à l'automne.

Des informations sur l'état d'avancement des travaux de la Commission indépendante d'experts chargée de mener une étude historique sur l'internement administratif ont déjà été communiquées lors de la dernière séance. De nouveaux résultats de recherche seront publiés prochainement. Le 2 septembre 2019, date à laquelle paraîtra le rapport de synthèse contenant des conclusions et des recommandations, est à retenir.

Reto Brand donne de brèves informations sur la rencontre entre la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et les points de contact cantonaux, qui s'est tenue le 15 mai 2019 et à laquelle a également participé une représentante de l'Office fédéral de la justice (OFJ) en la personne de la directrice suppléante, Mme Susanne Kuster. Étant donné que seule une dizaine de cantons a versé ou promis une participation financière aux contributions de solidarité, pour 6 millions de francs au total, Mme Kuster a rappelé aux représentants cantonaux que c'était la dernière occasion de participer au financement, car les demandes seront traitées d'ici à la fin de l'année, donc plus rapidement que prévu.

Au sujet de la demande d'augmentation de l'indemnité journalière pour les membres de la commission en raison de leur lourde charge de travail, Reto Brand informe que la question a été étudiée et que la réponse est négative. La situation juridique ne laisse guère de marge de manœuvre. Les frais de voyage sont en revanche entièrement pris en charge.

Barbara Studer attire l'attention sur la journée d'étude « Devoir de mémoire » qui sera organisée par la Conférence des directrices et directeurs d'Archives suisses (CDA) le 14 novembre 2019 dans la salle du Grand Conseil à Berne.

¹ Informations complémentaires disponibles à l'adresse <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193792>

² Informations complémentaires disponibles à l'adresse <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190471>

³ Programme du théâtre de la ville de St-Gall : <https://www.theatersg.ch/de/programm/31-10-2019>

Urs Allemann-Cafilisch rapporte qu'environ 400 personnes se sont inscrites à la fête d'été du 30 juin 2019 à Mümliswil organisée par la Fondation Guido Fluri. Le mouvement ATD Quart Monde présentera à cette occasion un choix d'œuvres d'art de personnes concernées. Le président regrette de ne pas pouvoir y assister pour des raisons de calendrier.

Urs Allemann-Cafilisch informe par ailleurs que trois bistrots d'échange ont été organisés cette année et que l'offre a pu être élargie à divers ateliers proposés l'après-midi (par ex. peinture et créativité, écriture autobiographique, etc.). En août 2019, un bistrot d'échange aura lieu à Fribourg, un autre est planifié à Zurich en automne, et un bistrot d'échange bilingue sera probablement organisé encore une fois à Berne.

Laetitia Bernard indique qu'une manifestation de ATD Quart monde a eu lieu le 1^{er} juin 2019 à Fribourg ; à cette occasion, les points forts des travaux du groupe « Chercheurs d'histoire » ont été présentés. Radio Fribourg prépare par ailleurs pour fin juin une émission sur les mesures de coercition à des fins d'assistance avec des témoignages de personnes concernées. Un autre projet en langue française vise à mettre en lumière le travail de mémoire individuel et collectif sur la base de témoignages et de l'étude historique en cours.

2. Discussion des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et des cas limites

Le président relève qu'aucun membre de la commission n'a opposé d'objection aux propositions de l'OFJ concernant les demandes à approuver et celles jugées irrecevables qui figurent sur les listes d'avril et de mai 2019, envoyées après la dernière séance.

Il reste quatre demandes mises à l'ordre du jour de séances précédentes qui n'ont pas encore été traitées définitivement parce qu'elles nécessitaient des informations ou des vérifications complémentaires. Elles sont soumises une nouvelle fois à la commission aujourd'hui. Celle-ci recommande le rejet dans trois cas et l'approbation sur la base des clarifications apportées dans un cas.

25 demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. L'unité MCFA prévoit un rejet dans 20 cas et un rejet avec non-entrée en matière partielle dans un cas, et soumet à la discussion 4 cas limites. Après une discussion approfondie, la commission émet la recommandation suivante :

- non-entrée en matière sur une demande parce qu'il ne s'agit ni d'une mesure de coercition à des fins d'assistance ni d'un placement ;
- approbation de 4 demandes ;
- rejet de 16 demandes ;
- rejet d'une demande dans la mesure où elle est recevable ;
- renvoi de 3 demandes en attendant des éclaircissements.

3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président fait savoir que la commission consultative avait examiné 5108 demandes au 30 avril 2019, date de la dernière séance.

1045 autres demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation et énumérées sur les listes d'avril et mai 2019 ont depuis été traitées par voie de circulaire.

À ces chiffres s'ajoutent 6 demandes qui étaient clairement irrecevables parce que leurs auteurs invoquaient des mesures initiées et exécutées après 1981 ou ne faisaient pas valoir de

mesures au sens de la LMCFA et que celle-ci n'était par conséquent pas applicable. Ces dossiers ont également été soumis à l'examen de la commission par voie de circulaire.

L'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui comporte 25 demandes (cf. ch. 2).

Le total des demandes traitées par la commission s'élève donc désormais à 6184.

Par ailleurs, plus de 300 demandes que l'unité MCFA propose d'accepter figurent déjà sur la liste de juin, qui sera envoyée aux membres de la commission début juillet pour traitement par voie de circulaire.

4. Projets d'entraide

Reto Brand indique que des demandes de financement de deux nouveaux projets d'envergure ont été déposées depuis la dernière séance de la commission.

De manière générale, on retiendra que le total des montants demandés excède de loin la somme des fonds disponibles, soit les crédits alloués initialement jusqu'en 2021. Lors de la planification, il faut aussi tenir compte du fait que le financement de projets ambitieux doit être assuré sur plusieurs années. Le nombre de projets d'entraide, bien plus important que prévu, et les montants demandés font que tous les projets ne peuvent pas être réalisés simultanément et qu'ils doivent être priorisés en appliquant les critères fixés dans l'OMCFA. Il reste à examiner s'il serait possible d'exploiter d'éventuelles synergies entre différents projets poursuivant des objectifs similaires. L'OFJ est en train de préparer une synthèse pour l'automne 2019 et demandera le cas échéant une augmentation des crédits.

5. Divers

La prochaine séance de la commission consultative se tiendra mardi 27 août 2019, de 10 à 16 h 30 environ, à l'OFJ. Madame Hilafu fait savoir qu'elle ne pourra être présente qu'à partir de 13 h.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive, et clôt la séance à 15 h.